



## Energiepolitik

# Aiwanger: "Bund muss sicherstellen, dass die Erdgasspeicher zu Beginn des nächsten Winters befüllt sind"

02. Februar 2022

MÜNCHEN. Bayerns Wirtschafts- und Energieminister Hubert Aiwanger sieht die Ankündigung von Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck, in Kürze Vorschläge vorzulegen, wie eine ausreichende Befüllung der Erdgasspeicher für den Winter 2022/2023 sichergestellt werden kann, als sehr dringend an. Aiwanger: „Es war ein Fehler der aktuellen Energiebevorratung des Bundes, mit halb leeren Gasspeichern in den Winter zu gehen. Das können wir uns künftig nicht nochmal leisten. Die vergleichsweise milden Temperaturen seit Weihnachten haben uns geholfen, dass die derzeitigen Speicherfüllstände nicht noch geringer sind. Darauf können wir aber nicht bauen.“

Der Staatsminister weist darauf hin, dass die Länder in den letzten Jahren immer wieder beim Bund vorstellig wurden, um das Instrumentarium zur Befüllung der Speicher und damit zur Erhöhung der Versorgungssicherheit zu verbessern. Der Bund sah dies nicht als notwendig an. Daher begrüßt Aiwanger den Meinungsumschwung im Bundeswirtschaftsministerium sehr.

„Wegen der extrem niedrigen Speicherfüllstände habe ich mich gleich zu Jahresbeginn an den neuen Bundeswirtschaftsminister Habeck gewandt und darauf gedrängt, als kurzfristige Maßnahme durch den Marktgebietsverantwortlichen Trading Hub Europe (THE) weitere langfristige Verträge (Long-Term-Options) ausschreiben zu lassen. In Abstimmung mit dem Bundeswirtschaftsministerium, der Bundesnetzagentur und den Fernleitungsnetzbetreibern hat dann die THE weitere Long-Term-Options ausgeschrieben und kontrahiert. Dies trägt zur Versorgungssicherheit in Süddeutschland bei, da die Ausschreibung auf die Regellenergiezone Süd begrenzt war“, erklärte Aiwanger.

Für die Vernachlässigung ausreichender Speicherfüllstände zu Beginn des Winters wurde aus Sicht des Bayerischen Staatsministers viel Lehrgeld bezahlt. Niemand könne dies exakt beziffern, aber die Gaspreise und in Folge die Strompreise in

Deutschland hätten sicherlich nicht so stark nach oben ausgeschlagen, wenn die Unsicherheiten infolge niedriger Speicherfüllstände geringer gewesen wären. Damit wären die Belastungen der Energieverbraucher, sowohl Unternehmen als auch Bürger, nicht so extrem ausgefallen.

Ansprechpartner:  
Jürgen Marks  
Leiter Pressereferat

Pressemitteilung-Nr. 39/22